

Rede

von Harald Leibrecht, MdB

im Deutschen Bundestag zu TOP 28

Antrag Bündnis 90/ Die Grünen

„Humanitäre Katastrophe in Sri Lanka verhindern“

und zum Antrag von Bündnis 90/Die Grünen

„Weitere Verschlechterung der Rechtssituation von Homosexuellen in
Nigeria verhindern“

am 26. März 2009

im Deutschen Bundestag

(zu Protokoll)

Anrede,

wir debattieren hier heute über zwei sehr wichtige Themen. Daher hat es mich auch etwas irritiert, dass wir in einer Debatte sowohl die Situation in Sri Lanka als auch die Verschlechterung der Rechtssituation von Homosexuellen in Nigeria diskutieren. Ich finde nicht, dass diese Vorgehensweise der Wichtigkeit dieser völlig unterschiedlichen humanitären Probleme gerecht wird.

Ich werde mich daher auf die Lage in Sri Lanka beschränken, da ich die Entwicklungen in diesem Land schon seit einigen Jahren beobachte und die Kürze eines Redebeitrages schon für die Erklärungen der komplizierten Verhältnisse in Sri Lanka kaum ausreicht.

Mit Abscheu haben wir einige furchtbare Bilder und Berichte, die uns aus Sri Lanka erreichen, gesehen und gehört. Mit roher Gewalt und erschreckender Brutalität gehen Militär und tamilische Rebellen gegeneinander vor und nehmen dabei keine Rücksicht auf die Leiden der Zivilbevölkerung.

Für ausländische Beobachter ist es kaum möglich in die Kampfgebiete zu gelangen. Man gewinnt den Eindruck, dass die Regierung die Vorgehensweise der tamilischen Rebellen toleriert: um die staatliche Propagandamaschinerie am laufen zu halten, lässt man zu, dass die LTTE (Liberation Tigers of Tamil Eelam) die Zivilbevölkerung als menschlichen Schutzschild missbraucht. Es ist ein abscheuliches Spiel mit Menschenleben, das derzeit auf Sri Lanka zu beobachten ist. Und es sind sowohl die tamilischen Befreiungstiger der LTTE als auch die sri-lankische Regierung, die dafür verantwortlich zu machen sind.

Während die Regierung das Vanni-Kampfgebiet komplett abgeriegelt hat, keine medizinische Versorgung für die notleidende Zivilbevölkerung zulässt und die Menschen in den Flüchtlingscamps - laut Aussagen meiner Quellen - „verrotten“ lässt und dabei auch noch Familien auseinanderreißt, hat sich die LTTE über die letzten Jahre anscheinend ein großes Waffenarsenal zugelegt und ist momentan zu einem langen, quälenden Stellungskrieg in der Lage, in dem sie die Zivilbevölkerung als Schutzschild benutzt und ihre Kinder als Soldaten zwangsrekrutiert.

Einige vom Tsunami betroffene Gebiete sind auch Jahre nach der Katastrophe von 2004 weit davon entfernt wieder bewohnbar zu sein. Die LTTE aber konnte sich seitdem angeblich sehr gut ausgestattete Quartiere, Waffenlager und sogar eine kleine Flugzeugflotte aufbauen, finanziert, so scheint es, durch Hilfsgelder, die offiziell für den Wiederaufbau und die Zivilbevölkerung vorgesehen waren.

Beide Seiten stehen sich also in diesem endlosen Konflikt auf Sri Lanka leider in nichts nach. Wir sind dazu aufgerufen, das Leid der Zivilbevölkerung so weit wie möglich zu lindern.

Gleichzeitig aber müssen wir uns verstärkt darüber Gedanken machen, mit welcher langfristigen politischen Lösung es nach einer Beendigung des gewaltsamen Konflikts auf Sri Lanka weitergehen soll. Wie stellt sich die sri-lankische Regierung das Zusammenleben mit der tamilischen Minderheit nach einem militärischen Sieg über die Befreiungstiger vor? Sind nach über 26 Jahren Bürgerkrieg die entstandenen Wunden noch zu heilen?

Seitdem sich die von Norwegen geführte internationale Sri Lanka Monitoring Mission (SLMM) im Januar 2008 nach mehrfacher Verletzung des Waffenstillstandes von 2002 durch Regierung und Befreiungstiger aus Sri Lanka zurückgezogen hat, scheint es keinerlei Einfluss mehr von internationaler Seite auf die Konfliktparteien zu geben. Mitarbeiter von politischen Stiftungen und Vertreter diplomatischer Vertretungen wurden zuletzt von der Regierung an ihrer Arbeit in der Konfliktregion gehindert und bedroht. Ein solches Verhalten der sri-lankischen Regierung ist absolut inakzeptabel!

Das internationale Rote Kreuz (ICRC) ist die letzte internationale Organisation, die noch vor Ort tätig ist. Angeblich wird es aber auch deren Vertretern immer mehr erschwert die bedürftigen Menschen zu erreichen. Die sri-lankische Regierung verweigert nun selbst die Versorgung der Menschen in den Flüchtlingscamps!

Es gibt mehrere Forderungen, die wir als FDP-Fraktion angesichts der prekären Lage in Sri Lanka an die Bundesregierung stellen:

1. die Bundesregierung muss sich innerhalb der EU für ein konzertiertes Vorgehen gegenüber der sri-lankischen Regierung einsetzen;
2. dies schließt ein die sri-lankische Regierung dazu zu drängen, dass anerkannte internationale Hilfsorganisationen wie beispielsweise das Rote Kreuz die Menschen in den Flüchtlingscamps wieder versorgen dürfen;
3. der sri-lankischen Regierung gegenüber deutlich zu machen, dass die weitere Einschränkung der Pressefreiheit sowie die Behinderung der Arbeit von internationalen Hilfsorganisationen, politischen Stiftungen und diplomatischen Vertretern absolut inakzeptabel sind und gegebenenfalls mit den entsprechenden Konsequenzen geahndet werden;
4. die Länder, die für die Waffenlieferungen an Regierung und Rebellen verantwortlich sind zu einem Stopp dieser Waffengeschäfte aufzufordern;
5. die Finanzströme der in Deutschland tätigen tamilischen Hilfsorganisationen im Hinblick auf Waffengeschäfte zu überprüfen.

Die Situation in Sri Lanka ist fatal. Der Einfluss der internationalen Gemeinschaft ist seit dem Rückzug der SLMM gering. Nicht zuletzt deswegen ist die Bundesregierung aufgefordert, alles im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unternehmen und ihren Einfluss auf die Konfliktparteien geltend zu machen, um eine weitere Eskalation der Gewalt zu verhindern - zum Wohle der sri-lankischen Zivilbevölkerung!